

Frau Härig begründete einleitend den vorliegenden Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion.

Herr Schäfer legte die Gründe dar, die seine Fraktion dazu bewogen haben, den ursprünglichen Antrag vom 18.05.2004 zurückzuziehen und durch den Dringlichkeitsantrag zu ersetzen.

Herr Metz wies darauf hin, dass seine Fraktion schon in der Sitzung im Februar deutlich gemacht habe, dass sie eine Bebauung in diesem Bereich ablehne. Er sprach sich dafür aus, den Antrag der SPD-Fraktion zu beschließen und evtl. noch dahingehend zu ergänzen, dass eine Bebauung nicht stattfinden soll.

Herr Janssen trug vor, dass eine früher mit gutem Gewissen getroffene Entscheidung nach einer Informationsveranstaltung mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern rückgängig gemacht werde. Es sei völlig legitim, dem Willen des Bürgers zu entsprechen und eine Entscheidung zu überdenken.

Der Ausschussvorsitzende stellte fest, dass der Antrag der CDU-Fraktion zu Punkt 1 praktisch identisch sei mit dem Antrag der SPD-Fraktion. Dennoch halte es die CDU-Fraktion für erforderlich, den Beschluss zu erweitern, wie unter Punkt 2 des CDU-Antrages formuliert. Er halte daher den CDU-Antrag für den weitergehenden.

Herr Schäfer widersprach dem und vertrat die Auffassung, der SPD-Antrag sei der weitergehende. Natürlich habe ein zukünftiger Rat die Möglichkeit, wieder anders zu entscheiden. Dennoch sollte nicht bereits mit dem heutigen Beschluss der Eindruck erweckt werden, dass eine Hintertür offengehalten werde.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer bestätigte die Verwaltung, dass grundsätzlich kein Rechtsanspruch auf Durchführung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans bestehe.

Der Vorsitzende begründete nochmals, dass der CDU-Antrag der weitergehende sei und ließ nach Vortrag von Herrn Schäfer über Punkt 1 und Punkt 2 des CDU-Antrages getrennt abstimmen.

Der Ausschuss fasste danach folgende Beschlüsse:

1. Der Planungs- und Verkehrsausschuss stimmt der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans Berliner Straße 108/1 nicht zu.

einstimmig

2. Sollten zukünftig weitere Planungsabsichten bestehen, so wird die Verwaltung beauftragt, frühzeitig die Anlieger sowohl schriftlich wie auch auf einer entsprechenden Informationsveranstaltung

zu unterrichten.

einstimmig (bei 5 Enthaltungen)

Herr Schäfer erklärte zum Abstimmungsverhalten seiner Fraktion, dass diese sich der Stimme enthalten habe, da nicht der Eindruck erweckt werden sollte, dass in Zukunft hier wieder eine Bebauung geplant werde.

Der Ausschussvorsitzende schloss hiernach von 19.25 bis 19.30 Uhr die Sitzung, um den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern ein geordnetes Verlassen des Sitzungsraumes zu ermöglichen.